

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 85 (2000)
Heft: 6

Rubrik: Freidenker international

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kaschmir

Zur Beilegung des 50-jährigen Konfliktes in Kaschmir liegt ein neuer Vorschlag auf dem Tisch. KritikerInnen weisen aber darauf hin, dass die vorgeschlagene Grenzziehung einer **Einteilung nach religiösen Zugehörigkeiten** entspricht.

Dies könnte zu einer ethnischen Säuberung führen, in Form einer Migration der hinduistischen und buddhistischen Minderheiten aus dem neuen Kaschmir - und umgekehrt. Die Vorschläge kommen der pakistanischen These einer Aufteilung des Subkontinents nach Religionszugehörigkeit entgegen, widersprechen aber dem Selbstverständnis Indiens, das Religion als Kriterium zurückweist.

NZZ, 10.5.2000

Saudiarabien

Amnesty International hat in einem unlängst veröffentlichten Bericht saudiarabischen Regierung schwere **Menschenrechtsverstöße** vorgeworfen. Amnesty bezichtigt das saudische Königreich der willkürlichen Hinrichtungen, der Folter in vielen Gefängnissen, eines unfairen Justizsystems und der religiösen Intoleranz. Das saudische Rechtssystem beruht auf der Scharia, der islamischen Rechtsprechung. Frauen sind von der als willkürlich bezeichneten Rechtsprechung offenbar besonders betroffen. Bei Aussagen vor Gericht hat die Stimme einer Frau nur halb so viel Gewicht wie die eines Mannes. Die Bestrafung erfolgt jedoch mit der gleichen Härte. Die Staatsreligion ist der sunnitische Islam in der orthodoxen Auslegung der Wahhabiten. Jede andere Religion ist verboten.

NZZ, 19.4.2000

Spanien

Die Katholische Kirche lehnt Urteile über die **Rolle der Kirche während des Franco-Regimes** ab. Gemäss Kardinal Rouco, der als aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge von Johannes Paul II. gilt, wolle man hier nicht alte Wunden aufreissen.

Schaffhauser Nachrichten, 5.4.2000

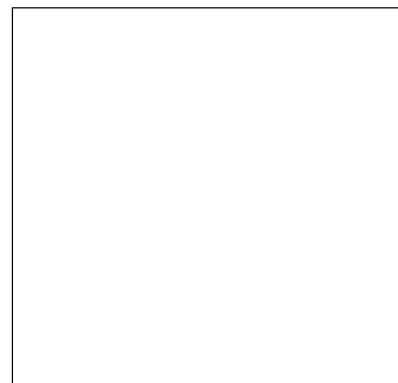
rc

Frankreich: Freidenker im Wiederaufbau

Die seit Jahrzehnten aktive "Fédération Nationale de la Libre Pensée" wurde im Laufe der letzten Jahre systematisch von einem linksextremen Parteigrüppchen unterwandert; zuerst einzelne Federationen (Regionalverbände), dann die zentrale Leitung. Seit zwei Jahren ist der Verband ganz in Händen von Mitgliedern und Sympathisanten des "Parti des Travailleurs" (Lambertisten/Trotzkisten). Als die anvisierte Machtübernahme in der "Weltunion der Freidenker" misslang, zog sich die "Libre Pensée" aus dem Weltverband zurück, was zahlreiche Mitglieder und ganze Sektionen veranlasste, einen neuen Landesverband zu gründen: "L'Association des Libres Penseurs de France" (ADLPF) mit Sitz in Paris. Der neue Verband ist Mitglied der Weltunion.

Der Jahreskongress des ADLPF fand am 6./7. Mai 2000 in Strassburg statt. Dieser 5. Kongress wurde am Samstag, 6. Mai um 9.30 Uhr, von Präsident Maurice Azoulay eröffnet. Azoulay ist seit Jahren Kassier der Weltunion.

Der neue Verband unterhält inzwischen in sämtlichen Departementen Frankreichs Vertretungen; sechs Federationen sind voll dabei, mit anderen laufen Verhandlungen. Von Anfang an Mitglied ist die älteste Freidenker-Organisation Frankreichs, die im Jahre 1883 in Niort gegründete "Fédération des deux Sèvres". Das Interesse, in die parteipolitisch neutrale Organisation einzutreten, ist enorm. Auch das Organ des Verbandes, "La Raison Militante" verbesserte sich zusehends und gewinnt laufend neue Abonnenten.



Die statutarischen Geschäfte des Strassburger Kongresses wurden allesamt in Minne und Freundschaft abgewickelt, inkl. Wahl der nationalen Leitung.

Anschliessend folgte ein Vortrag mit Diskussion zum Thema "Europa und die Laizität", es sprach Mme M.-Th. Mutin, Ex-Abgeordnete des EU-Parlamentes. Bis 1999 gehörte sie der sozialistischen Fraktion des europäischen Parlamentes an. Sie berichtete u.a. von ihrem Vorstoss, den Laizitätsgedanken in der EU-Gesetzgebung zu verankern. Sie blieb jedoch allein auf weiter Flur, niemand – auch nicht ihre Kollegen von der Linken – wollte sich zum Kampf gegen den religiös/vatikanischen Einfluss stellen – zu sehr denken die Damen und Herren an die nächste Wiederwahl! Auf die Frage, was sie als Abgeordnete denn in all den Jahren ihrer Aktivität erreichen konnte, antwortete sie lakonisch: Nichts! Für wirkliche Beschlüsse sei eben die EU-Kommission oder dann einer der EU-Ministerräte zuständig. Im Parlament werde nur debattiert, was auch verständlich mache, warum meistens nur ein kleiner Teil des Saales besetzt sei. In der Diskussion wurde auch die Frage gestellt, ob denn die Möglichkeit einer Gefährdung der in Frankreich und Portugal gesetz-

Fortsetzung S. 6

lich verankerten Trennung von Staat und Kirche bestehe. Die Antwort war klar: Dies ist sogar zu befürchten!

Am Sonntagmorgen hatten die Kongressteilnehmer dann die Möglichkeit, EU-Parlament und Europarat zu besichtigen. Mme Mutin führte durch das Labyrinth von Sälen und Sitzungszimmern. Die Dimensionen sind verwirrend, die Millionenbauten supermodern, und doch hat der Ratsaal des EU-Parlamentes zu wenig Sitze – sollten einmal alle Parlamentarier anwesend sein...

In Frankreich geht kein Kongress ohne Verabschiedung einer Resolution zu Ende. Daraus ganz kurz Folgendes:

"Eine Welle antirepublikanischer Kleinstaaterei weht übers Land, angefangen von klerikalen Kreisen, die am Gesetz der Trennung von Staat und Kirche rütteln. Dieses Gesetz muss auf dem ganzen Territorium der Republik strikte angewendet werden, auch in Elsass-Lothringen, wo noch immer sein Sonderstatut geduldet wird.

Das Begehren der Bürger, auf die Gestaltung des Welthandels Einfluss zu nehmen, wird begrüßt. Wir lassen uns von vaticanischen Kreisen nicht vorschreiben, wie die neue Gesellschaftsordnung aussehen soll. Sie hat wie die Republik laizistisch zu sein, denn nur so ist wirkliche Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert.

Auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert bekräftigt die ADLPF:

- die zwingende Notwendigkeit einer einheitlichen Schule, der laizistischen Schule, der Schule unserer Republik
- den Vorrang der Vernunft, die allein der Menschheit die Fähigkeit vermitteln kann sich zu emanzipieren – in Frieden, Freiheit und Fortschritt."

Jean Kaech

Hochfliegender Humanismus

Die Fluggesellschaft *British Airways* strahlt im Unterhaltungsprogramm an Bord ihrer Flugzeuge in dieser Saison einen 20 minütigen Beitrag zum Thema "Rückgang der Kirche – ein Problem?" aus. Darin diskutieren Babu Gogineni, der Geschäftsführer der IHEU, mit David Holloway, dem Autor des Buches "Church and State in the New Millennium". Letzterer postuliert, dass Glauben und Beten zu weniger Kriminalität, besserer Gesundheit etc. führe. Im Verlaufe des Gespräches über Humanismus und Ethik begrüßt Babu Gogineni die Tatsache, dass die Kirche Anhänger verliert und weist darauf hin, dass mit zunehmendem Wissen und mit einer zunehmend wissenschaftlichen Haltung gegenüber den Phänomenen des Lebens der Grund gelegt sei für eine moralisch autonome Gesellschaft.

Babu Gogineni Vor seiner Wahl



zum Geschäftsführer der IHEU war Goginegi in Hyderabad als Französischlehrer tätig und – nebenamtlich – Sekretär der indischen "Radical Humanist Association".

Erfolgreiches Lobbying

Ende Februar hat die IHEU eine Initiative gegen die Diskriminierung von Humanisten und anderen Konfessionslosen in der Slowakei lanciert (siehe FD 4/2000). Die Versuche das IHEU-Mitglied "Prometheus-Gesellschaft" zu unterstützen waren erfolgreich: Die slowakische Botschaft hat Kontakt zur IHEU aufgenommen, dass slowakische Radio hat die Prometheus Gesellschaft eingeladen, ihre Vorschläge für Radiosendungen mit freidenkerischem Inhalt zu präsentieren und verschiedene slowakische Ministerien haben begonnen positiv auf die Forderungen der Gesellschaft zu reagieren.

Quelle: IHEU-Mitteilungen 26.4.2000

Freidenker-Grundsätze hervorheben!

zu FREIDENKER 4/2000 Mit den beiden Artikeln "Zur politischen Situation in Österreich" und "Unheimliche Demokraten" sind wirre und einseitige Äußerungen politischer Art in unserer Monatsschrift erschienen. Politik gehört in dieser Weise nicht in den Freidenker. Für Meinungsäußerungen solcher Art stehen Parteien, Tageszeitungen, Radio und Fernsehen in reichlicher Auswahl zur Verfügung.

Wir Freidenker haben ganz andere, gemeinsame Grundsätze, welche es hervorzuheben gilt. Die Redaktion täuscht sich in der Annahme, dass Austritte aufgrund solcher Artikel nicht vorkämen.

Wie wäre es übrigens, wenn die Verfasser der "Grenzgedanken" nach einiger Zeit abwechseln würden?

S. Breitler, Herisau

Stellungnahme der Redaktion:

Die Redaktorin nimmt die Kritik an den genannten Beiträgen zur Kenntnis.

Se wird künftig Verlautbarungen von ausländischen Freidenker-Organisationen nicht mehr abdrucken, sondern allenfalls in der Rubrik Freidenker-Umschau auf solche Stellungnahmen und die Quellen hinweisen. Der Nachteil davon: Vieles ist im Originalwortlaut nur auf dem Internet greifbar.

Ein Autorenwechsel in der Kolumne wird auch von Peter Bürki begrüßt. Die Redaktion bittet die Sektionen, ihre Mitglieder zu motivieren, Beiträge für die Kolumne einzusenden, oder jemanden vorzuschlagen. Die Redaktion wird die Mitglieder des Zentralvorstandes anhalten, sich darin zu aktuellen Fragen zu äussern.

Zum Wesen einer Kolumne gehört aber eine gewisse Narrenfreiheit – Toleranz wird also auch künftig nötig sein.

Reta Caspar